

# Danziger Volksstimme



Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig monatlich 90. — Mk., wöchentlich 22.50 Mk. Durch die Post monatlich 90. — Mk., vierteljährlich 270. — Mk. (freibeihebend). In Pommerellen: monatlich 600. — Mk. poln. Währung. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung

der Freien Stadt Danzig

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Abonnementpreise: Die 8-spaltige Zeile 15. — Mk., von auswärts 18. — Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsmarkt nach bel. Tarif, die 3-spaltige Zeile 10. — Mk., von auswärts 12. — Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Ausnahme bis 10% Uge. — Postbelegkarte Danzig 1922. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Nr. 238

Dienstag, den 10. Oktober 1922

13. Jahrgang

## Fortgang des Rathenau-Prozesses.

Nach der plötzlichen Unterbrechung des Prozesses am Sonnabend wurden die Verhandlungen Montag früh wieder aufgenommen. Vor dem Reichsgerichtssaal hatten sich große Menschenmengen angesammelt. Die Kontrolle war äußerst streng. Nur Personen, die sich durch Lichtbild ausweisen konnten, wurden zugelassen. Daher wurde die Anzahl der Zuschauer auf ein Drittel verringert. Zu Beginn der Sitzung stellte der Vorsitzende fest, daß sämtliche Angeklagten zur Stelle sind. Er stellte weiter mit, es habe sich ergeben, daß die Krankheitserscheinungen, die bei verschiedenen Angeklagten am Sonnabend eingetreten sind, einen ernsthaften Hintergrund haben. Nach der bisher angestellten Untersuchung, die noch keineswegs ein endgültiges Ergebnis darstellt, sei der Verdacht nicht ausgeschlossen, daß ein Attentat auf die Gesundheit oder sogar das Leben eines der Angeklagten vorliegen könnte. Dieser Verdacht habe zu Sicherungsmaßnahmen veranlaßt. Hierauf wurde in die Verhandlung eingetreten. Landwirtschaftslehrer Duardt-Berlin, der mit Günther zusammen das Wilhelm-Lyzeum besucht hatte, sagte aus, dieser sei stets ein hilfsbereiter Kamerad gewesen, habe sich aber außerordentlich beeinflussen lassen. Auf der Schule galt er als phantastisch. Nach dem Erzbergermord traf ich ihn zufällig. Den Mord verurteilte er auf das Schärfste. Der Zeuge sagte weiter aus, daß Günther nur dann maßlos zu übertreiben pflegte, wenn es sich um seine Person handelte. Anlässlich der Genoa-Konferenz habe er geäußert, er betrachte Rathenau, den vielfachen Millionär, nicht als Vertreter der Arbeiterklasse oder den Vertreter der Demokratie, sondern als typischen Vertreter der Großfinanz. Von seinen Beziehungen zu rechtsstehenden Persönlichkeiten habe er sehr viel gesprochen, Namen habe er jedoch nicht genannt.

Nach Vernehmung des Zeugen wurde Günther über seine Beziehungen zu rechtsgerichteten Kreisen vernommen. Es folgte ein Gutachten des Sachverständigen Kantitätsrats Dr. Schly über die geistige Verfassung Günthers. Der Sachverständige hält Günther für einen Psychopaten, aber nicht für geisteskrank. Nach dem heutigen Strafrecht müsse Günther als zurechnungsfähig bezeichnet werden. Er erzählte, daß er von Lubendorff zehn bis zwölf Briefe empfangen habe, die weniger politischen als gesellschaftlichen Inhalts seien. Die Briefe sind, wie Günther unter großer Bewegung der Zuhörerschaft mitteilt, sämtlich von Lubendorff eigenhändig geschrieben, nicht etwa nach Maschinendiktat. Weiffens schrieb Lubendorff aus Anlaß irgendwelcher Feiern deutschnationaler Organisationen, einmal auch als Antwort auf eine Geburtstagsgratulation, die ihm Günther geschrieben hatte. Die Rede lautete immer: Lieber Günther! Die Bemerkungen eines der sozialistischen Richter, näheres über den Brief Lubendorffs zu erfahren, schnitt der Gerichtspräsident mit der Begründung ab, daß es sich hier nicht um die Angelegenheit Lubendorff handele. Von Helfferich hat Günther zwei Briefe erhalten und vom Obersten Bauer einen. Lubendorff hat Günther auch persönlich empfangen, als dieser ihn in Angelegenheiten des wegen des Rapp-Vorfalles verurteilten Herrn v. Jagow besuchte.

Unter allgemeiner Spannung wird dann der frühere Kapitänleutnant Tillesen vernommen. Tillesens Mitteilungen beleuchteten besonders interessant die Person des Mörders Kern. Kern hatte ihm von dem beschuldigten Attentat gegen Rathenau erzählt, wogegen ihm Tillesen den Einwand machte, daß dies ein feiger Mord sei, der den politischen Rechtsparteien zur Last gelegt werde. Kern erwiderte darauf: Wenn ich auf dich höre, müßte ich wie ein altes Weib im Bett sterben! Mit weinerlicher Stimme erklärte der Angeklagte, der unter seinen Genossen sonst den Beinamen „Der eiserne Tillesen“ führte, er heute heute darüber, daß er damals auf seinen Urlaub verzichtet und Kern nicht allein gelassen hätte, dann wäre der Mord vielleicht verhütet worden. Tillesen wurde dann befragt, ob er seinerzeit einem Bekannten das Bild seines jüngeren Bruders, des Erzberger-Mörders, mit den Worten gezeigt habe: „Das ist mein Brüderchen, der hat das erste Schwein gefressen!“ Tillesen gab diese Neuherung zu. Der Ausbruch gefühlte sollte nichts Verächtliches bedeuten, sondern sei ein Seemannsausdruck nach dem englischen „RIP“ (to be), doch versicherte der Angeklagte, daß er die Ermordung Erz-

bergers verabscheue, wie er überhaupt als guter Katholik jeden Mord verdamme. Nur einmal habe er zu einem Manne, der sich später als kommunistischer Spitzel erwies, gesagt: Wenn in Berlin der Bolschewismus losbricht, dann ist es noch immer Zeit, Rathenau zu erschießen, aber heute bedauere er seine Worte.

Ueber die Herkunft der Schokoladensendungen, die dem Angeklagten im Rathenau-Prozess Willy Günther zugehen und als Absenderin die Firma Carotti-Aktiengesellschaft nannte, haben in Berlin polizeiliche Ermittlungen von Beamten der Berliner politischen Polizei und von Leipziger Polizeibeamten stattgefunden. Hierbei ist festgestellt, daß die fraglichen Schokoladensendungen zwar in einer der gebräuchlichen Carotti-Umhüllungen eingepackt waren, daß es sich aber nicht um eine Originalpackung der Firma Carotti handelte, und daß diese Firma von einem Dritten fälschlicherweise als Absenderin angegeben war.

## Bürgerliches Kopferbrechen über die Reichspräsidenten-Kandidatur.

Wie der „Vokalangeher“ hört, schweben in rechtsstehenden Kreisen Verhandlungen über die Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten für die bevorstehende Reichspräsidentenwahl. Eine Korrespondenz will dagegen wissen, daß bei Verhandlungen zwischen den Führern der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei eine Einigung dahin erzielt worden sei, daß die Deutsche Volkspartei sich verpflichtet habe, ihre Bemühungen, Zentrum und Demokraten zur Aufstellung eines bürgerlichen Gegenkandidaten in Gemeinschaft mit den andern bürgerlichen Parteien zu veranlassen, mit allem Nachdruck fortzusetzen. Erst wenn Zentrum und Demokraten ein gemeinsames Vorgehen mit den beiden Rechtsparteien ablehnen würden, dürfe die Frage einer gemeinsamen Aktion der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei akut werden.

Wie dagegen das „Berliner Tageblatt“ mitteilt, haben in Konstanz am Bodensee Vertreter der Regierungsparteien mit dem Reichskanzler über die Bildung eines überparteilichen Ausschusses für die Kandidatur Eberths Rücksprache genommen und sind zu einem Einvernehmen gekommen. Darauf erfolgte eine Fühlungnahme mit der Deutschen Volkspartei.

## Polens Außenminister über den baltischen Staatenbund.

Der Außenminister Polens, Marutowicz, der in Riga eingetroffen ist, hat am Sonnabend Vertreter der litauischen Presse empfangen. Marutowicz machte seine Ausführungen in deutscher Sprache. Er erklärte, der Gedanke des baltischen Staatenbundes solle vielleicht schon bald festere Gestalt gewinnen. Das sei mit das Ziel seiner Reise, die der Minister zusammen mit dem lettischen Ministerpräsidenten Metterowicz nach Reval fortsetzt, um dort das weitere zu besprechen. Als nächster Gegenstand der gemeinsamen Beratungen soll die Abrüstungsfrage behandelt werden, wobei es heute schon Absicht sei, die Beschlüsse der Genfer Völkerbund-Konferenz in Abrüstungsfragen mit dem sowjetrussischen Abrüstungsantrag in Einklang zu bringen. Der Minister erörterte weiterhin, daß die Beziehungen zwischen Polen und Litauen noch vieles zu wünschen übrig ließen. Auf polnischer Seite liegt nach den Ausführungen von Marutowicz der gute Wille auch zur Verständigung mit Litauen vor.

## Aus dem südrussischen Wetterwindel.

Nach einer Meldung aus Konstantinopel beschäftigt es sich, daß die Konferenz der alliierten Generale gestern nachmittag wieder begonnen hat. Die türkischen Abteilungen, die in geringer Stärke in die neutrale Zone eingedrungen waren, sind wahrscheinlich infolge eines Irrtums vorgegangen, da sie durch das türkische Kommando, sobald dieses davon in Kenntnis gesetzt war, zurückgezogen worden sind. Reuter meldet, daß einem Telegramm aus Konstantinopel zufolge einzelne Türken zahlreiche Christen aus den asiatischen Vorstädten Konstantinopels verhafteten. Man erwarte, daß die Alliierten bei der Konstantinopeler Regierung unerbittlich Vorstellungen erheben werden. Savas meldet aus Konstantinopel: Der Schiffskoch, der auf Anweisung des englischen Admirals am

Sonntag abend im Bosporus infolge des neuen Einbringens türkischer Streitkräfte in die neutrale Zone gesperrt worden war, ist heute vormittag wieder freigegeben worden.

## Der neue Marksturz.

In der zweiten Hälfte des September schien es, als ob die Mark einen gewissen Ruhepunkt erreicht habe. Man konnte damit rechnen, daß sie immerhin für eine Zeitlang den Wert von einem Drittel Pfennig — nach Goldwährung gerechnet — behalten werde. Doch am 21. September hand der Dollar auf 1400. Dann aber setzte die neue Froulenhaufe ein. Eine Woche später war, vor allem infolge der Markkäufe zur Spiritusgewinnung, der Dollar auf 1618 geklettert, und getrieben war er bereits auf 2000 angelangt, also etwa auf dem höchsten Kurs, den er jemals erreicht hat, und der Wert der Papiermark im Ausland ist heute weniger als ein Fünftel eines Goldpfennigs. Die Gründe der Bewegung sind nicht ganz durchsichtig. Fraglos zeigt die Forderung nach fremden Zahlungsmitteln für Kohlen- und Koffeinfuhren, und das ist um so weniger erkennbar, als die großen Beschaffungsverträge z. B. den Bedarf an Erz für Eisen- und Stahlwerke gedeckelt haben. Aber diesem erhöhten Einfuhrbedarf steht doch die Last der großen Beschaffungsverträge z. B. den Bedarf an Erz für Eisen- und Stahlwerke gedeckelt haben. Aber diesem erhöhten Einfuhrbedarf steht doch die Last der großen Beschaffungsverträge z. B. den Bedarf an Erz für Eisen- und Stahlwerke gedeckelt haben.

Es müssen also noch andere Ursachen mitwirken, die den Wert der Mark drücken. Bekanntlich überwiegt und immer die Barneinfuhr die Ausfuhr. Daraus ergibt sich nach den amtlichen Zahlen der Zoll. Wir haben aber neben der kontrollierten Barneinfuhr auch eine unkontrollierte. In Tausenden fallen sich Ausländer in Deutschland auf, die bei jedem Besuch der Mark Waren einkaufen und mitnehmen. Wie groß diese unkontrollierte Barneinfuhr ist, ist der übrigens auch der oft recht erhebliche Verkehr an Rohstoffen und Verbrauchsmitteln während der Welle in Abhängigkeit sich jeder Kenntnis. Schließlich ist bekannt, daß Mac Kenna hat das auf der internationalen Devisenkonferenz betont, daß Industrie und Handel im Ausland bereits wieder beträchtliche Guthaben angesammelt haben. Die Ersparnisse dieser Guthaben stehen aber nicht nach Deutschland zurück — in deutscher Mark wären sie vom Wertverlust bedroht. Sie sind also gleichsam eingefroren; unbewusst liegen sie fest und bringen der Mark keine Hilfe gerade dann, wo sie sie am meisten braucht. Inwiefern hilft aber der Devisenbedarf Deutschlands an, nicht nur der volkswirtschaftlich notwendige, der zur Beschaffung der Rohstoffe und des sonstigen Bedarfs, sondern auch eine ichtliche durch die Geldentwertung bedingte Nachfrage. Wer immer Geld vor der Entwertung schlagen will, kauft Devisen. Und es ist längst bekannt, daß selbst im inländischen Warenverkehr oftmals Devisen als Zahlungsmittel der Mark verlangt werden. Die Industrie, die verspricht, dagegen anzukämpfen, hat versagt, nicht nur die Banken, die durch ihre Maßnahmen die Kleinpekulanten vom unmittelbaren Devisenhandel abgedrängt haben, bilden aber zu einer gemeinwirtschaftlich orientierten Devisenpolitik nicht zu bewegen sind und daher im großen verlagen maktien. Der Kleinpekulant geht eben jetzt zur Beschaffung, der Großpekulant kauft weiter fremde Zahlungsmittel mit Hilfe der Banken.

Das mahlige Geld zu kühlen, das die Devisenentwertung mit sich bringt, erübrigt sich an dieser Stelle. Wer die Dinge mit offenen Augen verfolgt hat, stellt, daß die heutige Devisenentwertung genau die gleichen Folgerungen am Warenmarkt zeitigt wie früherer Perioden der Geldentwertung. Wer es nicht sehen will, muß sich bei jedem neuen und jedesmal neuerem Barneinfuhr davon überzeugen, wie hoch die Maßnahmen der Sozialdemokratie gewesen sind, die seit Jahr und Tag eine beständige Plötzlichkeit auf den Devisenmarkt wünscht, die durch eine Erhöhung der Sachwerte zusammen mit einer Goldkaufleihe den Devisenmarkt des Reichs einzufrieren sollte, als noch der Dollar auf nicht 200 hand. Neue Maße der Währungsreform haben die letzten Debatten erregt. Eine ganze Reihe von Maßnahmen ist erforderlich, um den Devisenmarkt auf sein eigentliches Arbeitsgebiet, die Finanzierung der Einfuhr und den internationalen Austausch der unentbehrlichen Zahlungsmittel zu volkswirtschaftlichen Zwecken zu beschränken. Es handelt sich zunächst um die Ausgabe von Goldschuldscheinen, die die Devisen im Inlandvertrieb und als Kapitalanlage nutzlos machen sollen, um dann mit aller Schärfe eine Unterbindung der Devisenpekulation herbeizuführen zu können. Es ist keine Zeit zu verlieren, soll schließlich Unheil, weitere Forderung, Not und drohende Arbeitslosigkeit wenigstens in dem Maße vermieden werden, das trotz des Druckes der Entente uns noch möglich ist.

# Wilhelm als Geschichtsfälscher.

Wahlreform - Rapp-Putsch - Mathison-Mord - es ist immer dasselbe. Wenn das Unheil geschehen ist, wälzen die Verantwortlichen die Schuld einer auf den andern ab, um lieblos auf spätere die sich nicht mehr wehren können. Wilhelm II. legt jetzt in seinen „Erinnerungen“ an, dass er nur die Wahlreform in Schuld daran gewesen sei, wenn er ihm nicht gelungen sei, das deutsche Volk „herrlichen Ager entgegenschleichen“. Immer hatte Wilhelm die genialsten Einfälle, aber immer hat Reichmann ihm die Geschäfte verberben. Das muß sich der arme Reichmann jetzt sagen lassen, der an Reichthum mit so großer Treue an seinem „Aussägen Herrn“ hing, jetzt aber im Grabe liegt und sich nicht wehren kann.

In dem jetzt erschienenen Abschnitt seiner Phantasie erzählt Wilhelm II. eine märchenhafte Geschichte von der preussischen Wahlreform. Er Wilhelm, habe im Laufe des Winters 1911/12 beschaffen, dem herrlich bewährten Volk in „Waffen“ eine Freude und Anerkennung zu bereiten. Er habe den Gedanken erweckt, daß der Mann, der mit dem Kaiserlichen Reich beschaffen, bei der Wahl nicht mehr „Majorität“ werden dürfe. Gerade damals habe Herr v. Schöell eine Denkschrift eingereicht, die von denselben Gesichtspunkten ausgegangen sei. Reichmann aber habe diese Denkschrift durch die die Wahlreform eingeleitet werden sollte, dem Ministerium gar nicht vorgelegt, sondern 1 1/2 Jahre in seiner Schublade liegen lassen.

In dieser Geschichte Wilhelm II. von der durch Reichmann vermittelten Wahlreform ist so kleinlich alles abgemindert. In seinem Unglück befindet sich die bisher unerschütterliche Denkschrift v. Schöells samt der dazugehörigen Korrespondenz in den Händen des „Reichsministers“. Dieser ist in der Lage, aus den Akten festzustellen, daß Wilhelm die Unwahrheit behauptet, um sich in ein gutes Licht zu setzen und um seinen früheren Reichskanzler heruntersinken zu lassen.

Der Plan einer Wahlreform war in der Tat schon im Frühjahr 1912 zwischen Reichmann und v. Schöell verabredet und von letzterem, als dem preussischen Minister des Innern, eine Denkschrift dazu verfaßt worden. Der Plan der beiden war: Nach Abschluß des Krieges in Preußen ein allgemeines Wahlrecht (Pluralwahlrecht) zur Durchführung zu bringen. Sie wollten aber nicht, wie sich die „Allerhöchste Stelle“ zu diesem Plan stellen würde und gegen den Kabinettschef v. Pasentini in Vertrauen. Dieser telegraphierte am 18. Mai 1912 dem Reichskanzler, der „politologische Moment“ sei gekommen. Reichmann sandte sofort die Denkschrift an Wilhelm und erhielt sie zwei Tage später mit zustimmenden Randbemerkungen zurück. Ganz glücklich schreibt er an diesem Tage an Schöell: „Nun ist die Bahn frei! Wir besprechen wohl in den nächsten Tagen das weitere Vorgehen.“ Reichmann hatte also für seinen damaligen Vorschlag, nach dem Krieg eine Wahlreform und nicht einmal das gleiche Wahlrecht einzuführen, von Wilhelm eine Abjage besichert und war nun ganz glücklich, daß „die Bahn frei“ war.

Wilhelm sagt, er habe nicht gewollt, daß die heimkehrenden Krieger bei der Wahl Majorität werden sollten, aber nach der Schöellschen Denkschrift, die er mit der Sentur „gut“ und „Eingesehen“ verließ, sollten die Wähler auch weiterhin Majorität werden, nur nach einer anderen Methode.

Wie aber verhält es sich mit der Verwirklichung der Wahlreform durch Reichmann. Es ist schon gesagt, daß der Plan war, mit der Wahlreform sei erst nach Krieges-Ende zu beginnen. Verfaßt wurde die Denkschrift im Herbstjahre 1912, 1. Jahr darauf war März 1916. Damals war aber bekanntlich immer noch Krieg. War es also ein Wunder, wenn die Denkschrift immer noch in Reichmanns Schublade lag? In der Denkschrift wird gesagt, das Vorgehen der Regierung müßte in diesem Fall den „Charakter des überraschenden Handreichens“ tragen. Die offizielle Presse müßte dorthin.

Dann bemerkt Wilhelm II. am Monze: „Wie kann man zur Discretion gelangen? Durch eventuelles Forttragen unlässiger Beamten.“ In der Denkschrift heißt es weiter: „Inhalt, Zeitpunkt und Reiterungsabstimmung werden vollkommen im Ungewissen gelassen.“ Dazu schreibt Wilhelm: „Vorbedingung.“

Und in der Denkschrift heißt es: „Lange Vorverhandlungen mit den Fraktionführern sind nicht empfehlenswert.“ Wilhelm: „Unter keinen Umständen.“ Also Wilhelm selbst verlangte „diskrete“ Behandlung der Denkschrift

und der Absichten bezüglich einer Wahlreform nach dem Krieg. Jetzt aber stellt er sich hin und erklärt, er sei ganz verwirrt darüber gewesen, daß Reichmann die Denkschrift 1 1/2 Jahre in seiner Schublade habe liegen lassen. Diese Erklärung enthält wohl, um das „Hauptstück“ der „Geschichtsbuch“ Wilhelm II., die sich auch in den bisher erschienenen Partien seiner Veröffentlichungen so glänzend verhalten, nichts von Unabwendigkeit zu geben!

## Neuregelung des deutschen Beamtenrechtes.

Unter dem Vorstich des Staatssekretärs a. D. Dr. Drews wurden gestern die Verhandlungen über den Gesetzentwurf eines neuen Beamtenrechtes zu Ende geführt. Bezüglich der Eidesleistung einigte man sich dahin, daß der Beamte, der sich weigert, den Eid auf die Monarchie zu leisten, durch Spruch der Disziplinarkammer aus dem Amte entfernt werden kann. Die Bestimmungen über Amtsverweigerung, Nebenberufstätigkeit und Ausnahme von Geldgeschenken sollen im wesentlichen erhalten bleiben. Hinsichtlich des Streikrechtes legte Dr. Drews auseinander, daß dieses Recht den öffentlich-rechtlichen Beamten in keiner Form anzuwenden werden könne. Seine Ausführungen fanden die Zustimmung der Mehrzahl. Eine Minderheit, besonders die Vertreter des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, verlangten das Streikrecht für den Beamten wie für jeden anderen Arbeitnehmer. Es wurden darauf verschiedene Vorschläge zur Schaffung einer Schlichtungsstelle beraten. U. a. wurde ein parlamentarischer Schlichtungsausschuß erwogen. Bezüglich des Rechts auf Entlassung in die Personalakten einigte sich die Konferenz dahin, daß dem Beamten die Einsicht in seine Personalakten gestattet werden soll. Hinsichtlich der Haftung der Beamten wurde allgemein der Wunsch geäußert, daß der Beamte, dem Geschädigten gegenüber privatrechtlich nicht haftbar sein soll, daß vielmehr Staat oder Gemeinde haftbar bleiben. Die Ergebnisse der Konferenz werden in einem Gesetzentwurf zusammengefaßt werden, der dem Reichsrat und dem Reichstag übergeben werden soll.

## Die Schiebungen des Ehrenobermeisters.

### Die Aufklärung des Falles Mahardt.

Vor etwa einem Jahre erregte die in Elbing erfolgte Aufdeckung von unlauteren Geschäftsmanipulationen des bekannten Berliner Innungsobers Meisters Mahardt berechtigtes Aufsehen. Mahardt spielte im öffentlichen Leben eine nicht unerhebliche Rolle und trat er besonders in der Kleinmeisterbewegung führend hervor. Er war 10 Jahre hindurch Obermeister der Berliner Tischlerinnung, war dann Vorsitzender der Berliner Handwerkskammer und bekleidete außerdem das Amt eines Landtagsabgeordneten. Jetzt sitzt er bereits über ein Jahr wegen Betruges, Untreue, Bestechung zum Nachteil der Handwerkskammer in Untersuchungshaft. Die Untersuchung ist jetzt soweit gediehen, daß ihm nächstens der Prozeß gemacht werden soll. Gleichzeitig mit ihm sind weitere sieben Personen angeklagt, und zwar: Handwerkskammersekretär Oscar Hoffmann, die Kaufleute Erich Mahardt, Karl Römer, Albert Kost und August Kruse sowie die Architekten Albert Sonnenburg und Walter Müller. Wie die Anklage behauptet, sollen die genannten Personen in gemeinsamer Handlung nicht nur die Handwerkskammer, sondern auch das Reichsverwertungsamt und die ehemalige Geeresverwaltung um viele hunderttausend Mark betrogen haben.

Der Hauptangeklagte Mahardt hat, obgleich er nur geschäftsführender Vorsitzender und dem Vorstand verantwortlich war, fahrlässig eigenmächtige Geschäfte gemacht. In dem mitangeklagten Sekretär Hoffmann fand er Anfangs für seine Verirrungshandlungen ein williges Werkzeug; daß veränderte sich dieser Zu-

stand bald ins Gegenteil, da Mahardt nach eigenem Geständnis ein Liebesverhältnis zu Frau Hoffmann unterhielt.

Ein großes Geschäft im gesetzwidrigen Sinne entrieten die Angeklagten auf Grund eines Mietvertrages mit der damaligen Garnisonverwaltung in Berlin. Diese Verwaltung war im Kriege Untermeister einiger Räume in dem Gebäude der Handwerkskammer. Im November 1914 verschwanden dort Inventar und Papiere und die Räumlichkeiten selbst wurden arg beschädigt. Es kam zu einer Schadenersatzklage zwischen den Kontrahenten, und durch geschickte betrügerische Manipulationen und auf dem Wege der Bestechung flohen einige hunderttausend Mark in die Taschen der Angeklagten. Begehrte und Vertrauenspersonen spielten hierbei eine nicht unerhebliche Rolle.

Eine ähnliche Affäre spielte sich bei dem Umbau des Erholungsheims der Handwerkskammer in Järlstenberg t. M. ab. Die Handwerkskammer diente Mahardt hierbei als Ausschlagmittel und Rückenbedeckung. So entstand auch ein großes Schiebergeschäft in Verbindung mit dem Kaufmann aus diesem Kettenhandel, bei dem es sich um etwa eine Million Meter Verbandmull handelte, belief sich auf 650 000 Mark. Das ganze Geschäft mit dem Verbandmull wurde so geschickt in die Wege geleitet, daß auch das Reichsverwertungsamt hinteres Licht geführt worden ist und auch die Dresdener Bank ahnungslos einen Millionenkredit zur Verfügung stellte, ohne zu wissen, daß die dabei mitspielende Firma stark verschuldet war. Der Sohn Mahardts hat auch bei der „Verwertung“ der Danziger Werft mitgewirkt. Die Beschuldigten wollen einen umfangreichen Entlastungsbeweis antreten. Zur Vernehmung sind nicht weniger als 50 Zeugen und vier Sachverständige geladen.

## Reiterungswechsel in Dänemark.

Aus Kopenhagen wird gemeldet: Nachdem der Antrag vom Ministerpräsidenten Neergaard das Rücktrittsgesuch des Kabinetts erhalten hatte, hat er bestimmt, daß Ministerpräsident und Finanzminister Neergaard in seinen Ämtern verbleibe. Dem Außenminister sowie dem Verteidigungsminister und dem Handelsminister wird der Abschied bewilligt, die übrigen Minister bleiben in ihren Ämtern. Innenminister Krach wird außerdem zum vorläufigen Handelsminister, Direktor Gold zum Außenminister und Volkshilfsabgeordneter Aronson zum Verteidigungsminister ernannt.

**Rückzug zur Sozialdemokratie.** Der kommunistische Landtagsabgeordnete Otto Graf-München ist mit einem Teil des ehemaligen Redaktionsstabes der von Kurt Eisner begründeten „Neuen Zeitung“ und einer Anzahl Funktionäre zur sozialdemokratischen Partei Deutschlands übergetreten.

**Der Schlichting der Rheinlandkommission.** Die Rheinlandkommission hat nach Prüfung der Akten über die Prozesse gegen den Redakteur Emeets entschieden, daß die ausgesprochenen Urteile nicht vollstreckt werden dürfen.

**Zurückgehaltene Anstellungsgegenstände in Lyon.** Auf eine Beschwerde des Bürgermeisters Neumann wegen der Zurückhaltung der Wiener Anstellungsgegenstände auf der internationalen Städteausstellung in Lyon im Jahre 1914 seitens der französischen Regierung erklärte der französische Geschäftsträger sich bereit, diese sofort an seine Regierung zu übermitteln und die Angelegenheit wärmstens zu unterstützen.

**Ende des französischen Matrosenstreiks.** Der Streik der Matrosen ist beendet. Mit einigen Ausnahmen sind alle ehemaligen Besatzungen wieder auf ihre Posten zurückgeführt.

# Die Erhaltung der Frauenschönheit.

## Gesichtspflege als moderne Milieuarbeit.

Von nun an gilt die Gesichtspflege nicht mehr nur als Mittel zur Erhaltung der Schönheit. Denn wie es eine Körperübungslehre gibt, die auf ernster wissenschaftlicher Grundlage beruht, und nicht nur die Pflege des Kranken, sondern auch die Pflege des gesunden Körpers vorzuziehen, so gibt es auch eine Gesichtspflege, die sich nicht nur mit der Pflege des Gesichts beschäftigt, und zwar zunächst mit der Erhaltung der Haut, die das menschliche Gesicht bilden und ihm seine schöne Gestalt geben und ihm seine Freude und seine Ehre geben. Dann aber vor allem auch mit der gründlichen Bekämpfung jener Ursachen, die die Gesichtspflege zu verhindern. Kann man denn das Jahrtausende hindurch von der Natur und vorzuziehende Schicksal, das das menschliche Gesicht und Körper bilden, bekämpfen? Durch künstliche Mittel allerdings nicht. Der Mensch findet, der wie ein Ackerbau auf der Haut liegt, die künstliche Schminke, die nur als trügerischer Schimmer die Wangen deckt, sie deckt keineswegs ein Unheil, sondern es verdeckt, aber deckt nicht. Wie die künstliche Schminke kommt einmal der Tag, an dem sie nicht, das die Kunst zu verdecken beginnt. Allerdings. Dieser Tag kann einmal kommen, denn jeder Mensch hat seinen natürlichen Gesichtsausdruck; doch — und das was unsere schönen Frauen wünschen — er kann lang, lang hinausgeschoben werden durch die Wissenschaft, die es sich zum Ziel setzt, das Gesichtsfeld zu pflegen und gesund zu erhalten.

Das Wichtigste und zugleich wohl auch Schwierigste der Gesichtspflege ist die Bekämpfung der Runzeln und Falten, die sich mit der Zeit im Gesicht zeigen, als natürliche Folge der gewohnheitsmäßigen Muskelzusammenziehungen. Die sich bei jedem Menschen das ganze Leben hindurch immer gleich bilden. Unsere Gesichtsfalten sind also in der Tat nichts anderes als eine Art Erinnerungsbilder, die sich beim Sprechen und Lachen, Man beobachtet einmal die vielen Falten und Runzeln, die sich bilden, wenn sich das Gesicht zum Lachen verzerrt. Warum kann man auch die Vermeidung machen, daß Stempelchen, deren Heften und Muskelspiel stets wechseln muß, gewöhnlich viel weniger

stets Runzeln besser, als andere gleichzeitige Menschen. Diese Erscheinung zeigt sich auch bei Personen mit sehr schwach ausgeprägter Mimik. Wie bekämpft man nun aber diese fatalen Zeugen unserer Gesichtsmimik?

Im Grunde hat man in längster Zeit sehr gute Erfolge mit einem chirurgischen Verfahren erzielt, mit ganz feinen Nadeln, die die Falten zerstückeln. Aber dabei liegt doch immer die Gefahr einer ebenfalls sichtbaren Narbenbildung vor. Viel besser, und zwar deshalb besser, weil sie dem Aussehen der Falten nicht nur vorbeugt, sondern auch bereits vorhandene Falten gütlich, ist nun die Gesichtsmassage, aber wohlgerichtet nur dann, wenn sie mit einer wackeren Gesichtsmassage verbunden ist, d. h. mit einer Reihe von Übungen, die ganz bestimmte Gesichtsbewegungen umfassen. Ihr Zweck ist, die schlaffen Muskelpartien zu straffen. Deshalb müssen sie denn auch ganz individuell und jeweils ganz abhängig von ihrer Lage im Gesicht ausgeführt werden. Es sind gewissermaßen Übungsbewegungen, durch die unter alljährlichem Mißbrauch solche gealtert und wieder aufgefrischt werden soll. Und damit im Zusammenhang muß endlich auch — besonders in Bezug auf die Gesichtspflege — eine sorgfältige Ausgewählte und wiederum ganz individuelle Körperpflege stehen.

Ein anderes und besseres Mittel, das Gesichtsfeld auf sein natürliches Wesen zu erhalten, kennt man nicht. Massage, Gesichtsmassage und Diet sind also heute die einzigen, aber auch die edelsten Hilfsmittel, die der Frau die Schönheit, die gesunde Schönheit des Gesichts, Halses und Brust wehren helfen.

**Das Telefon als Ausreißer.** Die Hamburger Hochbahngesellschaft will einen Versuch anstellen, um in den Hochbahnwagen in allen Wagen vor dem Einstiege in die Haltestellen den Namen dieser Haltestellen anzugeben zu lassen. Zu diesem Zwecke ist im Führerstand eines Probezuges ein Mikrophon aufgebracht, ferner in jedem Wagen zwei laut sprechende Fernsprecher. Der Führer hat also nichts weiter zu tun, als vor jeder Haltestelle möglichst deutlich den Namen der Haltestelle auszusprechen; seine Stimme ertönt dann wesentlich verstärkt in allen Wagen wider, so daß die

Fahrgäste auch bei der Dunkelheit und bei ungünstigem Wetter sofort wissen, ob ihr Ziel erreicht ist. Jedenfalls handelt es sich um eine Neuerung, die bisher in Europa noch nicht bekannt ist.

**Die deutsche Gleichheitsurkunde markiert!** In der Frage der Schaffung einer Gleichheitsurkunde fand am 5. Oktober im Reichsministerium des Innern unter Leitung von Staatssekretär Schulz eine Konferenz der Reichs- und Ländervertreter statt, die einstimmig den Regierungsentwurf als geeignete Grundlage für eine Gleichheitsurkunde anerkannte. Die weiteren Arbeiten angingen leichter Erwerbbarkeit sollen so gefördert werden, daß die Einführung in den Schulen zu Beginn des nächsten Schuljahres erfolgen kann. Für die weitere organische Fortentwicklung der deutschen Kurzschrift soll ein ständiger Sachverständigenausschuß sorgen.

**Ein seltene Tierfreundschaft.** Im Zoologischen Garten in Manchester bietet sich das kaum vorher gesehene Bild des freundschaftlichen Zusammenlebens einer Tigressin mit einem kleinen Menschenkind. Wie man die beiden Tiere zusammenbrachte, nahm man ohne weiteres an, daß sich der Mann vor dem Tiger verstecken werde. In dieser Erwartung sah man sich aber insofern getäuscht, der von dem Zusammengetriebenen war nicht der Mann, sondern die Tigressin, die sie aber bald an den neuen Gefährten gewöhnte und sehr liebevolle Freundin geworden ist. Man muß sich dabei gegenwärtig halten, daß auch in Indien der Mann im Gefolge des Tigers auftritt. Er achtet hier auf die Spuren des Tigers, wie die Helfer der Jagde des Jägers folgen soll.

**Zwei Schauspieler von den deutschen Bühnen ausgeschlossen.** Die Berliner Schauspieler Erich Giese und Axel Rappmann wurden von dem Schiedsgericht des Bühnenvereins und Bühnengenossenschaft gemeinsam verwiesen, für kontraktbrüchig erklärt und aus der Genossenschaft für ein Jahr ausgeschlossen. Die Urteile für diese Zeit auf keiner deutschen Bühne auftreten.

## Danziger Nachrichten.

### ... der andere aber geht und klagt! Warum wir Friedensrichter brauchen.

Man schreibt uns:

Osten und Jagen, Unruhe und Verwirrung erfüllt alle und jeden. Mithrasen des einen gegen den anderen. Eine Atmosphäre, die stetig Explosionen zu zeitigen vermag. Wie leicht geraten da die Gemüter aneinander und erzeugen damit eine weitere Steigerung der Aufregung. Mierwürdig, sel all der Unrast sind es nicht persönliche Anfeindungen, welche in gesteigertem Maße zur Anrufung der Gerichte führen, sondern mehr noch Streitfälle, welche gemeinhin als bürgerliche Rechtsstreitigkeiten zu bezeichnen sind. Es ist deswegen nicht uninteressant zu wissen, daß an den Aufgaben unseres heutigen Schiedsmannwesens gehört, beratliche bürgerliche Rechtsstreitigkeiten beizulegen. Diese Aufgabe kann aber der Schiedsmann nur in ganz seltenen Fällen erfüllen, da es ganz von dem Willen der Beteiligten abhängt, ob sie ihren Streitfall dem Schiedsmann vortragen wollen. Es ist begreiflich, wenn kaum jemand diesen Weg, der ihn nicht zum Ziele führen kann, wählt und daß derjenige, welcher Grund zur Klage zu haben glaubt, sogleich das Gericht anruft.

Die heutigen Gerichtskosten erreichen für die Rechtssuchenden häufig ein ihre Kräfte übersteigendes Maß, hierzu kommt die Unmöglichkeit des Gerichtsverfahrens. Ja, es kann geschehen, daß selbst eine günstige Entscheidung erheblichen finanziellen Nachteil bedeutet. Ganz anders gestalten sich aber die Dinge, wenn Vorentscheidungen für Fälle, welche in der Schiedsmann-Ordnung genannt sind, den Friedensrichtern überlassen würden. Der Friedensrichter ist der im Volkstum als Schiedsrichter bekannte Schiedsmann, der im Gegensatz zur Vergangenheit in Zukunft mit der Befugnis ausgestattet wäre, rechtliche Vorentscheidungen zu treffen. Entscheidungen, die vom Gericht nach seinem Dafürhalten bei Appell der Parteien bestätigt oder abgeändert werden.

Sobald der geübte Gegenwärtig in die Lage versetzt wird, seine Räte kurzerhand mit geringen Kosten und Zeitaufwand beigelegt zu sehen, wäre ihm auf diese einfache Weise bereits geholfen. Aber noch ein weiteres, nicht kleines Moment kommt in Frage, wenn die Tätigkeit des Schiedsmanns zu einem Laien-Friedensrichter erweitert wird. Die Entlastung der Gerichte, auch eine Verringerung der Ausgaben wird zweifellos dadurch erreicht. Wir brauchen wirklich diese Einrichtung nicht erst dann zu übernehmen, wenn sie bereits in unserem Stammland Gesetz geworden ist. So manches haben wir anders, als es dort ist. Versuchen wir es also damit, der Verbesserung eine verständliche Valenzrechtsprechung vorweg zu geben. Gering sind die Vorarbeiten, die es ermöglicht, die alte Schiedsmann-Ordnung den neuen Aufgaben anzupassen, um so durch einfache Einrichtungen zur Entscheidung von Streitigkeiten und zur Verhütung überreizter und erregter Nerven beizutragen. Mögen Senat und Volkstag uns recht bald beschenken mit dem Valenz-Friedensrichter.

### Erhöhung der Militärrenten.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten schreibt uns: Eine am 7. Oktober im Reichswehrministerium mit den Organisationshaltungsstelle eingeleitete Sitzung endigte mit dem Ergebnis, daß die Teuerungszulage nach § 87 des RMG von 85 auf 170 Prozent erhöht wurde. Dies entspricht einer Verdoppelung der Gesamtrente. Da die Erhöhung mit Wirkung vom 1. Oktober 1922 eintritt, gelangt am 1. November der dreifache Rentenbetrag zur Auszahlung. Die Pflegezulage soll eine weitere Erhöhung erfahren. Ueber eine weitere allgemeine Erhöhung über den 1. November hinaus schweben noch Verhandlungen, und ist eine solche nicht direkt abgelehnt worden.

Außerdem sind die Teuerungszulagen ab 1. Oktober wie folgt erhöht: Kriegsbeschädigte mit 50-80 Prozent Erwerbsbeschränkung 2000 RM., mit mehr als 80 Prozent 3000 RM., die nur auf die Rente angewiesen sind 4000 RM., Witwen 2000 RM. und solche, die nur auf die Rente angewiesen sind, 3000 RM., Halbwaisen 1000 RM., Vollwaisen 1250 RM., ein Elternteil 1500 RM., beide Elternteile 2500 RM., Empfänger eines Uebergangsgeldes, Übergangsgeldes oder Witwenbeihilfe 2000 RM., Ainderzuschuß der Schwerbeschädigten 900 RM.

In Anbetracht des Umstandes, daß im Gebiet der Freien Stadt Danzig die Berechnung der Militärrente immer noch nach den Ortsklassen P-G erfolgt, darf wohl erwartet werden, daß die obengenannten Erhöhungen der Renten und Teuerungszulagen ebenfalls umgehend in Kraft gesetzt werden, damit am 1. November die entsprechenden Rabatte erfolgen können.

**Neues Geld.** Neue Reichsbanknoten zu 1000 und 5000 Mark werden jetzt ausgeben. Von den neuen 5000-Mark-Scheinen sollen täglich 1 1/2 Milliarden in den Verkehr geworfen werden. Man hofft dadurch den Geldumlauf flüssiger gestalten zu können. Gleichzeitig trifft man Vorbereitungen für die Herausgabe des neuen Hartgeldes. Außer dem Dreimarckstück sollen ein Zehn- und ein Zwanzigmarckstück in den Verkehr gebracht werden. Das Zehnmarckstück wird etwas kleiner als das Dreimarckstück vor dem Kriege und das Zwanzigmarckstück etwas kleiner als das überne Fünfmärckstück.

**Neue Gehaltsklassen und Ruhegeld in der Angestelltenversicherung.** Folgende auch für Danzig in Betracht kommende Änderungen in der Angestellten-Versicherung hat der sozialpolitische Ausschuss des Reichstages beschlossen: Die Beitragsklassen nach der Höhe des Jahresarbeitsverdienstes betragen: Klasse 1 bis zu 8000 RM., Klasse 2 von mehr als 8000 RM. bis 10 800 RM., Klasse 3 von 10 800 RM. bis 13 600 RM., Klasse 4 von 13 600 bis 16 400 RM., Klasse 5 von 16 400 bis 19 200 RM., Klasse 6 von 19 200 bis 22 000 RM., Klasse 7 von 22 000 bis 24 800 RM., Klasse 8 von 24 800 bis 27 600 RM., Klasse 9 von 27 600 bis 30 400 RM., Klasse 10 von 30 400 bis 33 200 RM., Klasse 11 von 33 200 bis 36 000 RM., Klasse 12 über 36 000 RM. Das jährliche Ruhegeld besteht aus einem für alle Gehaltsklassen gleichen Grundbetrag von 800 RM. und aus Steigerungsbeträgen. Der Steigerungsbetrag für jeden Beitragsmonat ein Tausendstel der Höchstgrenze des Jahresarbeitsverdienstes, nach welchem der Versicherte in die betreffende Gehaltsklasse eingereiht worden ist. War also beispielsweise der Versicherte in Gehaltsklasse 1 mit der Höchstgrenze von 8000 RM. Jahresarbeitsverdienst versichert, so erhält er für jeden Beitragsmonat 8,60 RM. Steigerungsbetrag zum Grundbetrag als Ruhegeld. Entsprechend beträgt zum Beispiel der Steigerungsbetrag der Gehaltsklasse 8 mit der Höchstgrenze von 24 800 RM. Jahresverdienst pro Beitragsmonat 24,80 RM. Hierzu kommen noch Zuschläge, falls der Ruhegeldempfänger jünger als 18 Jahren ist. Die Witwenrente und die Witwenrente beträgt zwei Fünftel des für den Versicherten zu berechnenden Ruhegeldes. Waisen erhalten je zwei Fünftel, Doppelwitwen je zwei Drittel des Betrages der Witwenrente. Die weitere Umgestaltung der Angestelltenversicherung wurde vertagt.

244 800 RM., Klasse 9 von 244 800 bis 272 800 RM., Klasse 10 von 272 800 bis 300 800 RM., Klasse 11 von 300 800 bis 328 800 RM., Klasse 12 über 328 800 RM. Das jährliche Ruhegeld besteht aus einem für alle Gehaltsklassen gleichen Grundbetrag von 800 RM. und aus Steigerungsbeträgen. Der Steigerungsbetrag für jeden Beitragsmonat ein Tausendstel der Höchstgrenze des Jahresarbeitsverdienstes, nach welchem der Versicherte in die betreffende Gehaltsklasse eingereiht worden ist. War also beispielsweise der Versicherte in Gehaltsklasse 1 mit der Höchstgrenze von 8000 RM. Jahresarbeitsverdienst versichert, so erhält er für jeden Beitragsmonat 8,60 RM. Steigerungsbetrag zum Grundbetrag als Ruhegeld. Entsprechend beträgt zum Beispiel der Steigerungsbetrag der Gehaltsklasse 8 mit der Höchstgrenze von 24 800 RM. Jahresverdienst pro Beitragsmonat 24,80 RM. Hierzu kommen noch Zuschläge, falls der Ruhegeldempfänger jünger als 18 Jahren ist. Die Witwenrente und die Witwenrente beträgt zwei Fünftel des für den Versicherten zu berechnenden Ruhegeldes. Waisen erhalten je zwei Fünftel, Doppelwitwen je zwei Drittel des Betrages der Witwenrente. Die weitere Umgestaltung der Angestelltenversicherung wurde vertagt.

### Die polnischen Konsulate im Reich.

Für die Versorgung der leider noch immer nicht abgeschafften Pass-Sichtvermerke für Reisen durch den Korridor bestehen im Reich folgende zuständigen Konsulate der Republik Polen:

**Generalkonsulate:** Berlin, Konsulat: Potsdamerstraße 62, Pashurzan; Aurlärtenstraße 133, umfasst den Bezirk, welcher nicht zu den Konsulaten in München, Hamburg, Köln, Essen, Breslau und Königsberg gehört. München, Tannstr. 26, Bezirk: Bayern, Württemberg, Baden und Hessen-Darmstadt. Weizhen, das frühere oberösterreichische Abteilungsgebiet, welches dem Deutschen Reich zugefallen ist.

**Konsulate:** Essen, Suessen-Allee 80; Bezirk: Stadt Essen, Westfalen und der nicht besetzte Teil der Rheinlande. Hamburg, ...-platz 11, Bezirk: Stadt Hamburg, Lübeck, Bremen, Republik Oldenburg, Provinz Schleswig-Holstein, nördlicher Teil von Hannover (Bezirke Stade und Lüneburg) sowie die Städte Altona und Harburg. Köln-Endental, Dürenerstraße 248, Bezirk: Stadt Köln und alle besetzten Gebiete im Westen. Königsberg, Neuedammgasse 20, Bezirk: Stadt Königsberg und das ganze Gebiet Ostpreußen. Marlenwerber, Breslau, Ohlauerstr. 2, Bezirk: Schlesien.

**Vizekonsulate:** Schneidemühl, tätig vom 1. Oktober d. J. Bezirk: Grenzmark Posen-Westpreußen.

**Konsulatsagenturen:** Allenstein und Stettin, Bezirk: Pommern. Diejenigen unserer Leser, die mit Besuchsreisen aus dem Reich zu rechnen haben, dürften gut tun, wenn sie sich dieses Verzeichnisses anschneiden und aufbewahren.

Der Arbeiter-Bildungs-Vorstand eröffnet an diesem Mittwoch seine diesjährigen Vortragungsveranstaltungen. Genosse Alchowski hält seinen Einführungsvortrag in die Sozialgesetzgebung. In Anbetracht der Wichtigkeit der Sozialgesetzgebung für die weiteren Kreise ist der Besuch der Vorträge nur zu empfehlen. Die Vorträge finden im Vortragssaal der Gewerkschaften, Döbelnplatz 1/2, 2 Tr., statt. Sie beginnen um 7 Uhr abends, Afferöffnung 8 Uhr.

**Bedeutliche Selbstigkeiten.** Ein Holzdrucker, der wegen Unterschlagung verhaftet ist, hatte sich vor dem Schöffengericht wegen Unterschlagung zu verantworten. Er wollte für eine Frau eine goldene Uhr zu einem guten Uhrmacher bringen, der nicht so teuer ist. Als die Frau jedoch auf Nachfrage drängte, erklärte der Angeklagte, daß er die Uhr am ersten Abend in der Kneipe bei völliger Trunkenheit verloren habe. Er wollte die Uhr ersetzen, hat es jedoch nicht. Aus diesem ganzen Verhalten des Angeklagten konnte man den Verdacht schöpfen, daß die ganze Sache Schwindel war und er die Uhr einfach unterschlagen habe. Das Gericht hielt jedoch die Angabe des Angeklagten, daß er die Uhr verloren habe, nicht für hinreichend widerlegt und erkannte auf Freisprechung. Es bleibt also nur eine ernste Verwarnung übrig.

**Fußballwettpiel Reusfähr-Freie Turnerschaft Schidlitz.** Am Sonntag vormittag trafen sich diese Mannschaften auf dem Reusfähr Sportplatz zum Bezirksspiel. Reusfähr mit acht Mann antretend, vervollständigte sich nach Kurzem auf zehn Spieler. Schidlitz, ebenfalls nur mit zehn Mann vertretend, war dem Gegner ziemlich ebenbürtig. Gleich nach dem Beginn des Spieles legten sich beide Mannschaften scharf ins Zeug ohne bei ihrem aufgeregten Spiel etwas zu erreichen. Reusfähr konnte im Anschluß an einen wegen Hand gezeigten Freistoß das erste Tor erzielen; denn die Wälle nur ein bis zur Halbzeit entgegenzusetzen konnten. Sofort nach dem die Seiten gewechselt waren, kam der Sturm der Reusfährer leicht zu drücken an. Durch unsichere Arbeit des Schidlitzler Torwarts konnten sie den Ball noch dreimal einfinden, während Schidlitz durch schönes Herwandeln einer Flanke von links nur ein Tor für sich buchen konnte. Endresultat 1:2 (Halbzeit 1:1) für Reusfähr. Reusfähr hatte seine Stärke im Sturm. Den Schidlitzern fehlte die Unterstützung der Puffer, die bereits nach Halbzeit sehr nachließen. Der Torwart war teilweise sehr erregt. Der Danziger Schiedsrichter leitete das Spiel einwandfrei. S. R.

**Die Klubmeisterschaften des Athletenklubs „Gigantea“** kamen am Sonntag im Cafe Derra zum Austrag. Es wurde guter Sport geboten und das zahlreich erschienene Publikum folgte den einzelnen Kämpfen mit großem Interesse. Nachstehend folgende Resultate: Bantamgewicht: 1. Friedel, 2. Lenzke. Federgewicht: 1. Palm, 2. Simon, 3. Kull. Leichtgewicht: 1. Stoffens, 2. Kluck, 3. H. Schmidt. Mittelgewicht: 1. Anabe, 2. P. Schmidt.

### Die Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten.

Der Gewerksentwurf; ein Antistreitgesetz!

Unter den Gewerksentwürfen, die vom Senat vorgelegt werden, ist der Entwurf einer Schlichtungsordnung von weitgehender Bedeutung. Er greift tief in das Wesen der Gewerkschaften ein und bringt eine Erleichterung der Arbeitskämpfe. Wegen dieser Bestimmungen wird sich seitens der Gewerkschaften harter Widerstand geltend machen. Wir lassen die wichtigsten Bestimmungen des Gewerksentwurfes folgen:

Zur Schlichtung von Gewerkschaften sind die von den Beteiligten vereinbarten Schlichtungsstellen und das Schlichtungsamt der Freien Stadt Danzig berufen. Vereinbarte Schlichtungsstellen geben dem Schlichtungsamt vor. Soweit dem bisherigen Schlichtungsamt noch andere Aufgaben zugewiesen sind, geben diese auf das Schlichtungsamt über. Der Schlichtungsbeauftragte stellt demnach bei Infraktion des Gesetzes seine Tätigkeit ein. Arbeitgeber im Sinne der Schlichtungsordnung ist, wer bei eigener wirtschaftlicher Selbständigkeit mindestens einen Arbeitnehmer beschäftigt. Als Arbeitnehmer gelten Arbeiter und Angestellte. Die Hausgewerbetreibenden fallen ebenfalls unter die Schlichtungsordnung.

Der zweite Abschnitt des Gewerksentwurfes behandelt die in den Tarifverträgen usw. vereinbarten Schlichtungsstellen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen in diesen Schlichtungsstellen mit gleicher Stimmenzahl vertreten sein. Ist ein unparteilicher Vorsitzender vorgeschrieben, so soll er weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer sein. Als Schlichtungsstelle kann auch das Schlichtungsamt der Freien Stadt Danzig vereinbart werden. Auf Antrag der Vertragsparteien hat das Schlichtungsamt die unentgeltliche Benutzung seiner Sitzungsräume nebst Beleuchtung und Heizung für die Sitzungen der Schlichtungsstellen zu gestatten, soweit dieses mit dem geordneten Dienstbetrieb des Schlichtungsamtes vereinbar ist. Einzelne Bestimmungen über Schlichtungsstellen im Tarifverträge sind dem Schlichtungsamt einzureichen.

Das Schlichtungsamt und das Arbeitsamt sind ständige Behörden. Beim Schlichtungsamt werden nach Bedarf Kammern gebildet. Die Kammern bestehen aus einem unparteilichen Vorsitzenden bzw. dessen Stellvertreter, sowie aus je zwei unabhängigen und je einem unabhängigen Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und aus der erforderlichen Zahl von Sachverständigen. Die unabhängigen Vertreter und deren Ersatzmänner beruht das Arbeitsamt, soweit möglich auf Grund von Vorschlägen, die wirtschaftliche Vereinigungen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern einreichen können. Die unabhängigen Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden durch den unparteilichen Vorsitzenden berufen; sie sind, soweit möglich, aus der für die Streitigkeit in Betracht kommenden Berufsgruppe zu entnehmen. Der Vorsitzende und dessen Stellvertreter werden vom Senat ernannt. Sie müssen durch Vorbildung und Erfahrung für das Amt geeignet und sollen in der Regel weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer sein. Die Befehlsgewalt erlosat auf unbestimmte Zeit. Bei längerer Abwesenheit des Vorsitzenden oder Stellvertreters kann der Senat einen anderen als Stellvertreter ernennen, haben jedoch das Recht abzuschließen. Die Stellvertreter verwalten ihr Amt unentgeltlich als Ehrenamt. Sie erhalten für die Teilnahme an den Sitzungen eine Entschädigung, außer dem bei Reisen Tagelohn und Fahrlohn.

Die Aufsicht über die Geschäftsführung des Schlichtungsamtes führt das Arbeitsamt, das auch über Beschwerden gegen die Geschäftsführung des Schlichtungsamtes entscheidet. Die Entscheidung ist endgültig.

Beim Arbeitsamt werden ebenfalls nach Bedarf Kammern gebildet. Die Spruchkammern des Arbeitsamtes bestehen aus einem unparteilichen Vorsitzenden, sowie zwei unabhängigen Vertretern und je einem unabhängigen Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer als Beisitzer. Die unabhängigen Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer werden vom Arbeitsamt aus dem Kreise seiner Mitglieder, die unabhängigen Vertreter vom Vorsitzenden der Kammer berufen. Mitglieder des Schlichtungsamtes dürfen nicht zugleich Mitglieder der Spruchkammern des Arbeitsamtes sein. Für die Spruchkammern des Arbeitsamtes gelten sinngemäß die Vorschriften für das Schlichtungsamt. Der Vorsitzende des Arbeitsamtes und dessen Stellvertreter müssen zum Richteramt oder zum höheren Berufsamt befähigt sein. Sie dürfen nicht zugleich Vorsitzender oder Stellvertreter der Schlichtungsamtes sein.

Die sachlichen und persönlichen Ausgaben der Schlichtungsstellen trägt die Freie Stadt Danzig.

Zweck des Schlichtungsverfahrens ist die Vermeidung einer allfälligen Einigung zwischen den an der Streitigkeit beteiligten Parteien. Das Schlichtungsverfahren ist nach Möglichkeit zu beschleunigen. Kommt bei einer Gesamtschlichtung keine Einigung zustande, so ist vor Aussperungen, Arbeitsbeschränkungen und anderen Kampfmaßnahmen die zuständige Schlichtungsstelle oder Behörde anzurufen. Kampfmaßnahmen dürfen nicht stattfinden, bevor die zuständige Schlichtungsstelle oder Schlichtungsbehörde einen Schiedsspruch in der Sache selbst gefällt hat. Der Beginn einer Aussperung oder einer Arbeitsbeschränkung setzt weiter voraus, daß sie in geheimer Abstimmung mit mindestens zwei Drittel Mehrheit beschlossen worden ist, und daß mindestens drei Tage nach Zustellung des Schiedsspruches verstrichen sind. Der Gewerbeaufsichtsbeamte, in dessen Bezirk die Abstimmung stattfindet, ist berechtigt, bei der Abstimmung und der Feststellung des Ergebnisses zugegen zu sein; und die Ordnungsmäßigkeit zu prüfen. Ort und Zeit der Abstimmung sind dem zuständigen Gewerbeaufsichtsbeamten rechtzeitig mitzuteilen. Bei





# Volkswirtschaftliches.

Der Schein trägt. Das deutsche Statistische Reichsamt hat für den Monat August, zum erstmalig seit sechs Monaten, wieder einen Ausfuhrüberschuß von 2,7 Milliarden Mark errechnet. Das könnte wie eine Befriedigung der deutschen Wirtschaft ausdienen, aber leider trägt dieser Schein. Einmal legt das Statistische Reichsamt seinen Berechnungen den viel zu geringen Unterungsfaktor von 300 zugrunde und errechnet auf diese Weise einen Ausfuhrüberschuß, obwohl das Gegenteil viel wahrscheinlicher ist, zum anderen aber hätte die katastrophale Markentwertung, die Anfang August einsetzte, in viel höherem Maße die Ausfuhr steigern und die Einfuhr hemmen müssen. Die trügerische Berechnung des Statistischen Reichsamtes ist darauf zurückzuführen, daß der Einfuhrberechnung der Devisenkurs am Einkaufstage, der Ausfuhrberechnung aber der Durchschnittskurs des Ausfuhrmonats zugrunde liegt. Dadurch entsteht das schiefe Bild.

Die Notenflut. Mit Hochdruck arbeitet die Notenpresse in Deutschland. In der letzten Woche des September gab die Reichsbank für 20,3 Milliarden Mark Banknoten und Darlehnskassenscheine in den Verkehr, so daß an diesen Zahlungsmitteln jetzt für mehr als 130 Milliarden Mark im Umlauf sind. Davon sind allein 310,8 Milliarden Mark Banknoten. Die starke Erhöhung des Notenumlaufes der letzten Zeit hängt zusammen mit den großen Kreditaufträgen, die an die Reichsbank gestellt wurden. So erhöhte sich allein in der letzten Septemberwoche der Bestand der Reichsbank an Wechseln und Schecks um 7 Milliarden auf 50 Milliarden Mark. Die Schatzanweisungen des Reiches werden vom Publikum nicht mehr aufgenommen, sondern kommen in steigendem Maße an die Reichsbank zurück, so daß diese im letzten Ausweis einen Bestand von rund 350 Milliarden Mark in Reichsschatzanweisungen nachweist.

Stinnes in Jugoslawien. In Agram wurde die Jugoslawische Montanindustrie Akt.-Ges. mit 3 Millionen Jugoslawischen Kronen Kapital gegründet. Beteiligt sind in erster Linie die Firmen Hugo Stinnes und Alpine Montan-Akt.-Ges. Zweck der neuen Gesellschaft ist der Betrieb der Erzeugnisse der Alpen Montan-Ges. und des Stinnes-Konzerns in Jugoslawien.

Offenhalten des Petersburger Hafens. Der Winterverkehr im Petersburger Hafen soll nicht unterbrochen werden. Nach den Berichten der Sowjetregierung wird die russische Eisbrecherflotte im Petersburger

Wasser in diesem Jahre aus zehn kräftigen Eisbrechern bestehen, die monatlich etwa 20 Dampfer nach Petersburg einbugelieren können. Bekommen wir aber wieder, was wir nicht hoffen wollen, einen so strengen Winter wie im vorigen Jahre, dann werden auch diese zehn Eisbrecher machtlos sein.

# Bewerkschaftliches.

Die Lohnbewegung auf den Seeschiffwerften. Die Abstimmung auf den Seeschiffwerften über den Schlichtungsanspruch vom 28. September hatte folgendes interessante Einzelergebnis: Bremen ja 1898, nein 1221; Bremerhaven ja 3287, nein 1785; Nordenham ja 352, nein 113; Cuxhaven ja 152, nein 398; Flensburg ja 715, nein 534; Hamburg ja 2839, nein 1328; Kiel ja 1695, nein 5758; Lübeck ja 571, nein 1305; Vegesack ja 399, nein 980; Stettin ja 3468, nein 2247; Rendsburg ja 89, nein 344; Osterholz ja 148, nein 82; Lönning ja 82, nein 36; Rostock ja 497, nein 810; Gewerkschaften ja 2230, nein 247; zusammen mit ja 18264, mit nein 17716. Reichsbetriebe: Wilhelmshaven ja 1998, nein 1704; Marine-Arsenal und Reichswerft Kiel ja 354, nein 2821. Insgesamt mit ja 21214, mit nein 21701. Der Schlichtungsanspruch ist damit, da eine Mehrheit für den Streik fehlt, als angenommen. Die Zentralwerkstoffkommission hat seine Verbindlichkeitserklärung beim Reichsarbeitsministerium beantragt.

Vornabkommen im Berliner Schmiedegewerbe. Zwischen den Berliner Schmiedearbeitern und ihren Arbeitgebern ist für Oktober folgendes Vornabkommen abgeschlossen worden: Lohn, der Rechner 3000 Mk. pro Woche, männliches Hilfspersonal zwischen 2100 und 2850 Mk., weibliches Hilfspersonal 1650 bis 1850 Mk., Metzger und Schankmaler 3800 bzw. 3500 Mk. Die Pächte des Küchenpersonals betragen bei freier Kost für Küche: 2750 bis 3200 Mk. pro Woche, für weibliches Küchenpersonal 1275 bis 1500 Mk. Dieses Lohnabkommen ist als Provisorium zu betrachten. Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

Zusammenkunft zum Bauernwerksbund. Eine Konferenz des Zentralvorstandes, des Verbandsrats und der Bauernleiter des Töpferverbandes beschloß einmütig den Anschluß an den Bauernwerksbund zum 1. Januar 1929. Die genannten Körperchaften hatten von dem letzten Verbandstag der Töpfer die Vollmacht erhalten, die Anschluß an vorzunehmen. Die Angehörigen des Töpferverbandes werden vom Bauernwerksbund reiflos übernommen.

# Kleine Nachrichten.

Minenfahr in der Ostsee. In Kopenhagen traf der Fischdampfer „Gru“ ein, der mitteilte, daß er in der vorigen Woche beim Fischfang in der Nähe von Gotland ein ganzes Minenfeld in sein Fischnetz bekommen habe. Man konnte

es nur dadurch von den Minen befreien, daß man das Netz netzte, wodurch das Schiff etwa 100 Meter Landwärt und das Netz verlor. Die Tiefe des Wassers an der betreffenden Stelle beträgt etwa 48 Faden gleich etwa 258 Fuß. Die Befahrung ist durch ihr besonnenes Verhalten einer großen Gefahr aus dem Wege gegangen.

Vieder ist als demissionar. Der Redakteur des demokratischen „Striegauer Anzeigers“, Herr. am Müller, hat seinem Leben durch Erschießen ein Ende gemacht. Als Ursache dieses Schrittes wird angegeben der vor kurzem erfolgte Verkauf und Richtungswechsel des Blattes. Die Käufer hatten trotz agententlicher Versicherung das Blatt in demissionarische Hände gespielt und einen demissionarischen Chefredakteur angestellt.

Vollziehungsbeamten demonstration in Hamburg. Eine große Demonstration sämtlicher Hamburger Vollziehungsbeamter fand vor dem Vollziehungsamt statt. Den Beamten war ihr Oktobergehalt und ein Teil der September-Nachzahlung noch nicht ausgezahlt worden. Die Vollziehungsbeamten begaben sich vor die Zimmer des Polizeipräsidenten und forderten für sich ihren Gehalt. Die Forderung erst hergestellt werden, als den Beamten versprochen war, daß sofort 5000 Mark Abschlagszahlung auf ihr Gehalt ausgezahlt werde.

Einer, der sich zu helfen weiß. Auf dem Dresdenener Markt, dem belebtesten Plage der Stadt, hat sich ein aus seiner Wohnung vertriebener, von seiner Frau verlassener Mann mit seinem hochausgetrimmten Düsselwagen niedergelassen und verpöbelt durch Vor- und Tat das Wohnungsgesamt unter dem Beschlag einer riesigen Menschenmenge, die gleichfalls für diese Behörden seine übermäßig großen Sympathien zeigt.

# BOBG



QUALITÄT RAUCHER

# Wasserstandsrichten am 10. Oktober 1922.

8. 10.	9. 10.	Aurgedack	+1,82	+2,40	
Zowichost	+2,47	+2,43	Montanerpfte	+1,39	+1,83
8. 10.	9. 10.	Diedel	+1,36	+1,90	
Warshau	+2,90	+2,98	Dielshau	+1,46	+1,98
7. 10.	8. 10.	Einlage	+2,28	+2,28	
Ploek	+1,40	+1,10	Schiewenhofst	+2,50	+
9. 10.	10. 10.	Nogat:			
Thorn	+2,31	+2,40	Schöndau D. P.	+6,02	+6,04
Nordon	+1,90	+2,50	Balgensberg D. P.	+4,60	+4,60
Enlm	+1,64	+2,30	Neuhorsterbusch	+2,00	+2,02
Grauding	+1,67	+2,30	Urwachs	+	+

# Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.  
Heute, Dienstag, den 10. Oktober, abds. 7 Uhr:  
Dauerkarten A 1.

# Der Vulkan

Zufpiel in 4 Akten von Ludwig Fulda.  
Spiellit.: Heinz Brode. Inspekt.: Emil Werner.  
Dressieren wie bekannt. Ende gegen 10 Uhr.  
Mittwoch, den 11. Oktober, abends 7 Uhr: Dauerkarten C 1. „Rahn.“ Ein mythisches Gedicht von Anton Wildgans.  
Donnerstag, den 12. Oktbr., abends 6 1/2 Uhr: Dauerkarten D 1. „Lohengrin.“ Romantische Oper.  
Freitag, den 13. Oktober, abends 7 Uhr: Dauerkarten E 1. „Hindern.“ Romantische Oper.  
Sonntag, den 14. Oktober, abends 7 Uhr: Dauerkarten A 2. Ermäßigte Schauspielpreise. „Des Meeres und der Liebe Wellen.“ Trauerspiel.

# Wilhelm-Theater

Allabendlich 7 1/2 Uhr:  
Gastspiel  
**Otto Reutter**  
der deutsche Meisterhumorist.  
Captain Frohns fünf dressierte Seelöwen und das große Attraktions-Programm  
**LIBELLE:**  
Abends bis 1 Uhr Bier-Kabarett anschließend Wein-Kabarett.  
Vorverkauf 10-1 Uhr Gebr. Freymann.

**Robert Ehmann**  
Altstädter Graben 3  
neben der Tabakfabrik M. A. Hasse.  
Tuch-, Manufaktur-, Kurz- und Wollwaren  
Anfertigung allen Herren- und Damenmoden  
Damen-Kostüme und Mäntel.  
Solange alter Vorrat, noch günstige Kaufgelegenheit zu niedrigen Preisen.

# Kleine Anzeigen

in unserer Zeitung sind  
billig und erfolgreich.

# Arbeiter-Bildungsausschuß Danzig

Im ersten Viertel des Winterjahres werden folgende Vorträge veranstaltet:  
**Einführung in die Sozialgesetzgebung.** Mittwoch, den 11. und 18. Oktober. Redner Gewerkschaftssek. Klostowski.  
**Die Eiszeit in unserer Heimat.** (Mit Lichtbildern) Mittwoch, den 25. Oktober.  
**Finanz- und Währungsprobleme.** Mittwoch, den 1. Nov. Redner Expedient Fookan.  
**Bedeutende Pädagogen im Schulwesen.** Mittwoch, den 15. November. Redner Lehrer Bayer.  
**Steuersysteme einst und jetzt.** Dienstag, den 21. Nov. Redner Arbeiterssek. Reek.  
**Entwicklung des Rechtsgedankens.** Mittwoch, den 29. November. Redner Dr. Müller.  
**Aus Danzigs Geschichte.** Dienstag, den 5. und Mittwoch, den 13. Dezember. Redner Redakteur Loope.  
Die Vorträge finden im **Vortragssaal der Gewerkschaften, Heveliusplatz 1-2, 2 Treppen, abends 7 Uhr** statt.  
Kassenöffnung 6 Uhr.  
Eintrittsgebühr pro Abend 5.- Mark.  
Karten nur an der Abendkasse. (7462)

# Gedania-Theater

„Schüsseldamm 53 55“  
Achtung! Ab heute! Nur bis Montag!  
Der große Spielfest!  
**EDDIE POLO** in  
„Seepiraten“  
45 Szenen . . . . . 36 Akte  
VI. Episode: **Erkämpftes Glück** 6 Akte.  
„Der Fall Palliser“  
Amerikanischer Kriminalfilm in 5 Akte.  
In der Hauptrolle: **Pauline Frederick.**  
Beginn der letzten Vorstellung 9 Uhr.

**Urbin**  
der gute Schuhputz  
Herstell.: Urbin-Werke, Chemische Fabrik, G. m. b. H., Danzig, am

# Neuer Anzug

billig zu verkaufen. (†  
Hoffmann, Burgstr. 20.  
Ein kräftiger  
**Handwagen**  
(20 Ztr. Tragf.) zu verk.  
Schäde. (†  
Burggrafenstraße 6a.  
Gut erhaltene  
**Wetr. = Hängelampe**  
verkauft **Hermann,**  
Langgarten 71-72. (†  
Zwei getragene  
**Knabenmäntel**  
und ein Paar neue  
**Knabenschuhe**  
Gr. 38 zu verkaufen. Wo  
sagt die Expedition der  
Volksstimme. (†  
**Kücheneinrichtung**  
und **Stühle**  
zu verk. Zapfeng. 9. (†

# Union-Parfümerie

Jochwedson's  
Ziegenstraße 6, Ecke Heilige Geistgasse  
Fernsprecher 2733  
empfehl  
**Parfüms, Seifen, Toilette- und Bürsten-Artikel.** 7036

# Sämtl. Drucksachen

in geschmackvoller Ausführung liefert in kürzester Zeit bei mäßigen Preisen  
**Buchdruckerei J. Gehl & Co.,**  
Danzig, Am Spandhaus 6. Telephon 3290

# Knaben-Wintermantel

(feldgrün) für das Alter von 6-7 Jahre zu verk. Canafuhr, (†  
Mitschauer Weg 17a, 2 Tr.  
Fast neuen  
**Wintermantel**  
für Jg. Mädch. (2500 Mk.) verk. Canafuhr 45, 1 Tr. (†  
Ein hellkarierter  
**Dam. = Wintermant.**  
preisw. zu verk. Dorfstr. 14, 3 Tr. (†

# Winterpaletot

mit Federfüßer., Militär-mantel (zerrennt), geir Serren-Schuhe verkauft **Mager,** (†  
Jakobswall 21, 1 Tr.  
**Damen-Belouchut**  
(dunkelbraun) preiswert zu verkaufen. (†  
Mattenbuden 8 pt.  
**Laute**  
zu kaufen gesucht. Angeb. mit Preis unt. V. 893 a. d. Exped. d. Volksstimme. (†  
**Al. Dauerbrandofen**  
zu kaufen gesucht. Angeb. mit Preis unt. E. 885 a. d. Exped. d. Volksstimme. (†  
**Teppich und Läufer**  
gut erhalt. zu kauf. gesucht. Angebote unt. E. 884 a. d. Exped. d. Volksstimme. (†  
Ganze Wirtschaftseinrichtung od. einz. Möbel zu kaufen gesucht. Angeb. unt. E. 886 an die Exped. der Volksstimme. (†

# ein Kutscher

für dauernde Beschäftigung gesucht.  
H. Br. d. Steinbamm 2